6. Jahrg. Nr. 3B

Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illustr. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bezw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Mittwoch, 19. März 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm. wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, TrebnitzerStraße 50. — Postscheckkonto: Breslau Nr. 810 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

Die Leichenkammer der Republik.

Der Reichstag ist aufgelöst. Tage- und wochenlang haben die Parteien, voran die Sozialdemokratie, herumgeschachert, um die Tätigkeit dieser politischen Leichenkammer noch um einige Wochen zu verlängern. Endlich, angesichts der ohnehin abgelaufenen Sitzungsperiode, legten die politischen Bankrotteure sich auf die Wahlmache, sie legten Abänderungsvorschläge zu den Schandverordnungen des Ermächtigungsgesetzes vor, die sie selbst veranlaßt und gedeckt hatten. Die Regierung antwortete mit der Auflösung. Alles war am Schnürchen — man merkt die Regie, man merkt die abgemachte Komödie. Schnell wird noch der Gesetzentwurf über die Goldnotenbank, über die Verschacherung Deutschlands in ausländische Zinsknechtschaft, über neue Goldmillionen, die dem Großkapital auf dem Wege des Kredits in den Rachen geworfen werden, durchgepeitscht, schnell werden noch die Eisenbahn-Freikarten bis zu den Neuwahlen verlängert.

Fromm nahm dieses „unglaublichste“ aller Parlamente den Fußtritt der Regierung der großkapitalistischen Diktatur entgegen und ging auseinander. Kein Parlament hat bisher so gründlich die Lüge der bürgerlichen Demokratie, das wahre Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, entlarvt, wie dieser „erste Reichstag der deutschen Republik“. Keine Karrikatur, keine Satyre auf die Untauglichkeit des Parlamentarismus als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse ist so treffend, wie die Praxis dieses Reichstages, der selbst zugunsten der Diktatur des Großkapitals und des Säbels sich das Maul verbindet und der davongejagt wird in dem Augenblick, wo er den Mund, wenn auch nur zum Schein, auftun will. Und kein Parlament hat so den Haß und die Verachtung der breiten Massen gesammelt und verdient wie dieses.

Der Reichstag wurde nach dem Kapp-Putsch gewählt. Die bürgerliche Republik hatte gesiegt: gesiegt mit Hilf der Arbeiterfäuste über die Militärklique Kapps, und gesiegt, weil die Arbeiter, von den sozialdemokratischen Führern genasführt, die Macht in der Hand der Bourgeoisie ließen, mit Hilfe der militärischen Konterrevolution über diejenigen Arbeiter, die den Kampf gegen die Konterrevolution bis zu Ende ausfechten wollten. Der Glaube an die Republik, die Illusion der Demokratie beherrschte die Massen. Aber Republik und Demokratie waren nur die Form der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Eine besonders raffinierte Form, denn die Sozialdemokraten sorgten dafür, daß die Massen auf jeder kapitalistischen Schweinerei eine sozialistische Etikette sahen. Hinter all dem Firlefanz der sozialdemokratischen Phrasen vollzog sich sich aber die Rüstung der Konterrevolution zu weiterem Vorstoß gegen die Arbeiterklasse. Der bürokratische und militärische Staatsapparat der Republik war das Brutnest der Mobilmachung mit dem Ziel, die „demokratische“ Form der Knebelung der Arbeiterklasse durch die unverhüllte weiße Diktatur abzulösen.

Der Reichstag spiegelte in seinen Parteien die damalige Stimmung der Klassen wieder. Die Sozialdemokraten und die Vernunftrepublikaner aus dem Zentrum und der Demokratischen Partei, die alle mit den demokratisch-kleinbürgerlichen Phrasen die Massen einfingen, wogen vor. Aber die Deutsche Volkspartei, die mit Stinnes an der Spitze in diesen Reichstag einzog, kündete von vornherein die Ansprüche des ausgesprochenen Schwerkapitals an.

In der Aera Fehrenbachs hielt sich die Deutsche Volkspartei noch im Hintergrunde. Nur in der Konferenz von Spaa zeichnete sich die Silhoutte von Stinnes deutlicher ab. Mit dem Knallfeuerwerk der Londoner Konferenz endet die Aera Fehrenbach. Die Deutsche Volkspartei zieht sich aus der Regierung zurück. Das Großkapital überläßt es den Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie und der republikanischen Phrase, das Odium der Erfüllungspolitik auf sich zu nehmen, in der es selbst die riesigen Profite dieser Politik, die ausschließlich auf Kosten der breiten Massen vor sich geht, einheimst. Für die Sozialdemokratie, die die Regierung Fehrenbach trotz aller feierlichen Schwüre gegen Große Koalition und Deutsche Volkspartei treulich Schritt für Schritt unterstützt hatte, beginnt mit dem Kabinett Wirth anscheinend das tausendjährige Reich der Demokratie. Die Unabhängige Sozialdemokratie tut den ersten Schritt auf dem glatten Boden der Koalitionspolitik. In der anonymen Unterstützung der kapitalistischen Regierung lassen die scheinrevolutionären Crispiene und Hilferdinge bald alle Schleier fallen.

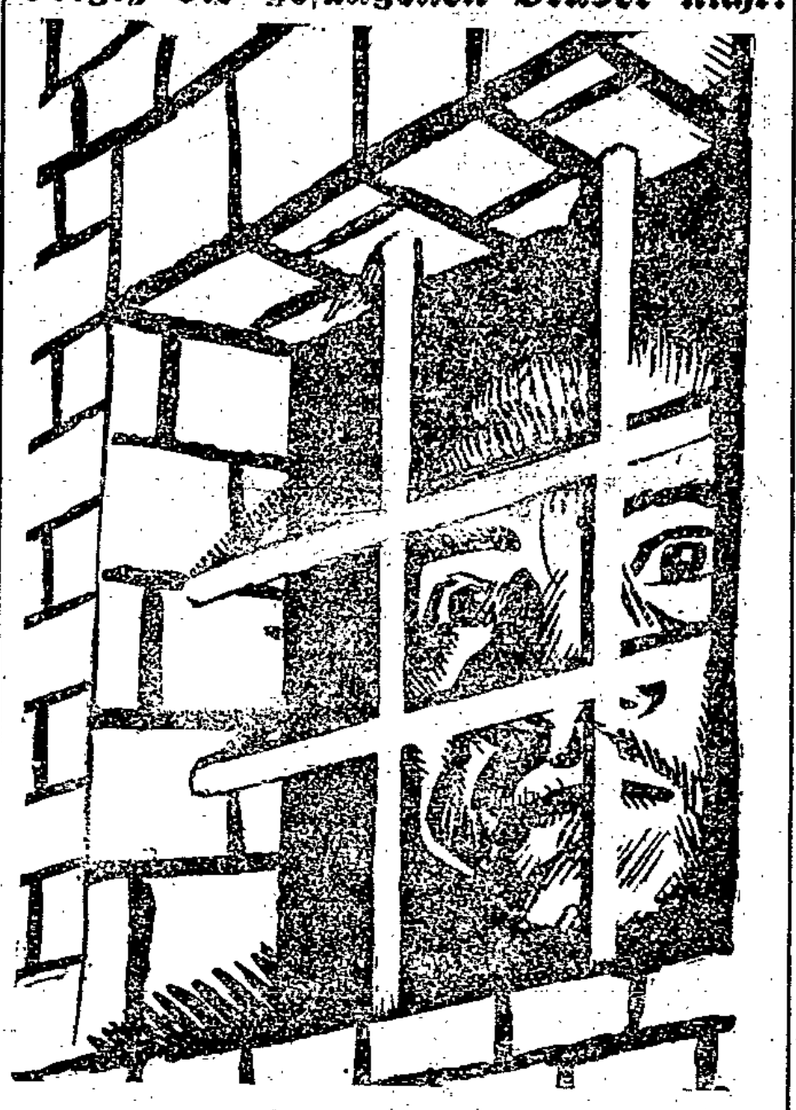
Die Regierung Wirth herrscht im Zeichen der republikanischen und demokratischen Phrase. Und alle ihre Taten zeigen die dicke Lüge, die hinter dieser Phrase steckt. Die Konterrevolution muckt wieder auf. Erzberger und Rathenau, beide gut kapitalistisch gesinnt, werden ermordet als Sinnbild der Novemberrepublik, die der weißen Diktatur weichen soll. Nach jedem Mord deklamieren Regierungen und Parteien im Reichstag. Die Massen werden auf die Straße gerufen. Aber man braucht sie und ihre demokratischen Illusionen nur als Kulisse. Nach jedem Mord ist das Großkapital, das hinter allen Morden steckt, das die monarchistischen und sonstigen Verschwörer finanziert, um sein Ziel, die nackte Diktatur der großen Konzerne, zu erreichen, einen Schritt weiter gekommen. Nach dem Mord von Rathenau wird das Gesetz zum Schutze der Republik angenommen, das die willkommene Handhabe zur Knebelung der Arbeiterschaft, zur Jagd auf die revolutionäre Presse bietet. Eine Amnestie der revolutionären Kämpfer lehnt der sozialdemokratische Minister der Wirth-Regierung, Radbruch, kaltlächelnd ab. Die Steuer-Gesetzgebung Erzbergers, die wenigstens einige Besitzsteuern aufwies, bleibt auf dem Papier stehen. Dafür werden die Arbeitermassen mit den drückendsten indirekten und direkten Steuern belastet. Das Kapital zahlt überhaupt keine Steuern. Die Notenpresse wird angekurbelt. Die Inflation beginnt. Das Großkapital befestigt Schritt für Schritt seine Positionen. Stinnes ist überall. Und die auswärtige Politik der Regierung, Wiesbadener Abkommen usw. trachtet danach, Deutschland dem internationalen Kapital auszuliefern und den deutschen Kapitalsmagnaten für ihre Ausbeutungspläne eine internationale Stütze zu geben.

Das Großkapital präsentiert die Rechnung. Stinnes verlangt die Eisenbahnen. Stinnes verlangt die Große Koalition. Das tausendjährige Reich der Demokratie mit Wirth verschwindet im Orkus. Die großkapitalistische Regierung Cuno kommt, unterstützt von der Einheitsfront der Bourgeoisie, von Helfferich bis zu den nunmehr vereinigten Sozialdemokraten. Das Großkapital beginnt den Ruhrkrieg mit der schwachen Hoffnung, in einem internationalen Montantrust die größere Quote zu erhalten und der sicheren Absicht, die Massen bis aufs Hemd auszuplündern und sie dann versklavt seiner unverhüllten Diktatur auszuliefern. Das Panama der Ruhrkredite: die SPD. macht mit. Den Landesverrat der Bourgeoisie, verhüllt durch die nationale Einheitsfront: die SPD. macht mit. Der Schwindel der Markstützung: die SPD. ist der lauteste Rufer im Staat. Der Millionenrausch der Inflation läßt endlich die Empörung der Massen auflodern. Der Reichstag zieht den Schwanz ein: Cuno geht. Zur Zeit Cuno zerplatzt die Schaumblase der republikanischen Illusionen. In den Arbeitermassen beginnt die revolutionäre Sammlung. Die Konterrevolution aber wächst sich auf Grund der Enttäuschung der unter der Aegide der Republik bis aufs Hemd ausgeplünderten Mittelstandes zu einer faszistischen Massenbewegung aus.

Es handelt sich nur noch darum, die Konkursmasse der bürgerlichen Demokratie zu liquidieren: nach der revolutionären oder der konterrevolutionären Seite. Und siehe da: der Reichstag der Republik, die Helden der Demokratie, voran die Sozialdemokraten, sind froh, sich unter die Fittiche des Faschismus begeben zu können. Die Große Koalition, mit Stresemann und Hilferding an der Spitze, übergibt die Macht an die weißen Generale, schlägt die sächsische und thüringische Arbeiterschaft nieder, schließt den Bund mit Bayern, das sich unter den Regierungskünsten der Republik schon längst zu einem faschistischen Dorado verwandelt hatte. Mit Hilfe von Ermächtigungsgesetzen bindet sich der Reichstag das Maul zu. Die Sozialdemokratie wird nach besorgten Handlangerdiensten ausgeschifft. Die Regierung Marx, getragen von ausgesprochenen Kapitalskommis, kommt. General Seeckt regiert mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes. Es folgt die „Sanierung“, Raub aller Arbeiterrechte, Mehrarbeit, Lohnabbau — das Volk stöhnt. Das Großkapital hat auf der ganzen Linie triumphiert. Die nackte Gewaltdiktatur herrscht gegen die Arbeiter, wenn auch nunmehr unter der Zivilknute von Jarres. Das ist die Bilanz dieses Reichstages.

Die Sozialdemokratie war die ausschlaggebende Partei dieses Reichstages. Alle Schande, alle Schmach, alle Verbrechen, die in diesem Parlamente gegen die arbeitenden Massen verübt wurden, fallen auf sie zurück. Als der Reichstag zusammentrat, schwor der Mehrheitssozialist Herrmann Müller heilige Eide gegen eine Große Koalition, der Unabhängige Crispien wollte sich nur an einer „reinen sozialistischen“ Regierung beteiligen. Heute lecken sie die Stiefel der Generale, spielen sie die Türhüter des großkapitalistischen Faschismus und kein Antragschwindel, keine Wahllüge wird ihre Verantwortung für alles das, was auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und des Ausnahmezustandes an Leben, Leib, Gut und Freiheit der Massen verübt worden ist, wegwischen. Abrechnung mit der Sozialdemokratie ist das eine für die Arbeiterschaft aus der Politik dieses Reichstages. Fort mit dem bürgerlichen Parlamentarismus! Für die Rätediktatur — die andere.

Vergiß die gefangenen Brüder nicht!



Hörst Du das bange Stöhnen, das sich der Nacht entringt,
Das bald wie dumpfes Dröhnen, bald wie ein Aufschrei klingt?
Siehst Du die bleichen Schatten im blauen Gitterlicht,
Die Müden und die Matten, den Tod im Angesicht?
Es rasselt Kettenklirren und hallt wie Glockentau,
Und in der Töne Schwirren, da mischt sich Schmerz und Hohn.
Das greift Dir nach dem Herzen und mahnt: „Das tat ich Dir —
Für Dich trag ich die Schmerzen, — was aber tust Du mir?!“
Siehst Du den Zug der Weiber im grauen Hungertal,
Die abgezehrten Leiber, der Kinder blasse Qual?
Hörst Du den Schrei, der pfeifend die Elendsnacht zerreißt
Und nach den Wolken greifend den Rabenflug umkreist?
Genosse, Deine Brüder, sie rufen mahnend Dich,
Gib sie der Freiheit wieder zu neuem Kampf und Sieg!
Zerbrich die Kerkerwände, brich Eisen, Not und Schmach.
„Reicht, Brüder, Eure Hände — es kommt ein neuer Tag!“

Ehrenfried Wagner.

Demonstriert für die Märzgefallenen!

O machet daß die Erde,
darin wir liegen starr und starr
bald eine freie werde.

So mahnen uns die toten Revolutionskämpfer von 1920.

Zu keiner Zeit ist diese Mahnung bedeutungsvoller als jetzt. Das, was die Freiheitskämpfer, die zu Millionen zerstreut auf vielen Friedhöfen des Erdenrunds ihr stilles Grab fanden, erstrebten, wofür sie das Höchste, was sie hatten, ihr Leben, hingaben, die Freiheit des Proletariats, die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln der kapitalistischen Sklaverei, ist noch nicht geworden. Nur in Rußland ist feuerflammend die junge Röte der kommunistischen Gesellschaft emporgestiegen, dort weht der heiße Atem der proletarischen Revolution nicht umsonst, dort schuf die gewaltige Macht des Proletariats unter dröhnenden blutigen Kämpfen und bisher unerreichten Siegen die fundamentalen Stufen zum Aufstieg des Weltproletariats in die lichten Höhen der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft.

Sonst überall auf der Erde seufzen die Völker noch unter der blutigen, scheußlichen Diktatur des Kapitals. Unerhört, grausamer, wie es noch nie in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit war, wird die revolutionäre Arbeiterschaft von den blutbefleckten Schergen der Kapitalsherrschaft verfolgt, gemartert, getötet. Täglich fließt kostbares Arbeiterblut unter den Streichen der weißen Henker. Das Kapital hat sich eine Meute blutgieriger, vertierter Subjekte gezüchtet, die wie wilde Bestien sich auf revolutionäre Arbeiter stürzen und sie zerfleischen.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich Einrichtungen und Instrumente geschaffen, vermöge deren sie die Arbeiterschaft bis zum Weißbluten foltert, martert, ausbeutet und grausam vernichtet. Heute werden alle diese Mittel von den Mächtigen in ihrer ganzen Brutalität angewandt, um sich ihre stürzende Macht noch eine Zeitlang zu sichern. Der Kapitalismus mordet täglich tausende von Arbeitern, Frauen und Kindern, die ihm im Wege sind, indem er diese verhungern läßt. Die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland ist heute ein grausames Elend, ein Meer von Sorgen, Verzweiflung und Verfolgungen. Der blutige weiße Terror führt täglich seine bestialischen Streiche in die Reihen des um Brot und Freiheit kämpfenden Proletariats.

Der Faschismus in Deutschland will mit allen Mitteln die revolutionäre Kraft des Proletariats brechen. Die Unterdrückungsperiode vom Oktober 11923 bis heute ist eine Machtprobe, die er entfaltet. Zu weiteren und viel größeren Schlägen gegen die Arbeiterschaft holt er jetzt aus. Die Arbeiterschaft soll auf die Stufe des willenlosen Tieres herabgedrückt werden, damit ja eine Schicht der Menschen ein Wohlleben in Hülle und Fülle hat.

Die revolutionäre Arbeiterschaft darf das und wird das nicht mehr dulden. Die Schläge der Militär- und Faschistendiktatur hat die revolutionäre Kraft der deutschen Arbeiterschaft nicht gebrochen. Sie war nur etwas gehemmt.

Arbeiter, Arbeiterinnen. Die Zeichen deuten wieder auf Sturm. Märzstürme werden sich im Völkerleben wieder erheben, größer, gewaltiger, gigantisch schön, wie sie noch nicht waren. Es sind noch nicht alle Märzen vorbei.

Der März, der uns den Sieg, die Freiheit bringt, kommt noch.

O sieht gerüstet, seid bereit!

Die Toten von den Märzen allen, vom November, vom Januar, alle, die für die Befreiung der Arbeiterschaft ihr Leben ließen, mahnen eindringlich in feurigen Fanalen.

Hören wir sie? Ja!

Der Revolutionsentscheidungskampf, die Schlacht zwischen Unterdrückten und Unterdrücker wird und muß noch geschlagen werden. Das, was war, waren Vorpostengefechte, die uns schulten, die uns kräftigten. Wenn wir an den Gräbern unserer Märzgefallenen stehen, richten wir den Blick vorwärts, aufwärts, auf das, was wir lebenden proletarischen Kämpfer noch zu verrichten haben. Neben uns stehen unsere Frauen und Kinder, aus deren schmalen Gesichtern wir Befehle an uns lesen.

Wir erinnern uns der Tage im März 1920. Kapp-Lüttwitz verjagen die Reichsregierung, die Arbeiterschaft erhebt sich, die Grünen rücken ein, und malträtieren mit den Zeitfreiwilligen, den faschistischen Verbänden die Arbeiterschaft. Arbeiter und Arbeiterfrauen werden meuchlings gemordet. „Straße frei — Fenster zu" heulen die wilden Schergen in den Arbeitervierteln. Maschinengewehre, Geschütze und Karabiner sind auf die Arbeiterschaft gerichtet, die von Noske gezüchteten weißen Banden hausen mit aller Brutalität. Da erheben sich die Arbeiter und verjagen das Gesindel, daß alles von diesem Geschmeiß in die Löcher kriecht. Die Arbeiterschaft hat die Herrschaft über die Stadt.

Aber hundert treue Kämpfer haben ihr Leben gelassen!

An ihrem Grabe erhebt sich von Tausenden ein Treuschwur: „Wir werden euch rächen! Wir vergessen die Opfer nie!"

Vorüber gingen die schrecklichen Tage der Marburger Mordbanden. Ihre Taten, der Mord an unseren Mitkämpfern bei Mechterstädt, haben sich tief in unsere Hirne eingebrannt.

Noch ist der Tag der Vergeltung in Sicht. Niemals wird es diesen weißen Mordbuben, die sich in den faschistischen Verbänden zusammengefunden haben, vergessen werden, was sie uns taten. Der Mechterstädter feige Mord ist diesen Faschistenbanden ein Vorbild.

Aber wir revolutionären Arbeiter werden diese Banden zerschmettern.

Wenn wir Gothaer Arbeiter morgen an den Gräbern der Meingefallenen weilen, dann trauern wir nicht, dann drücken wir im Geiste unseren toten Brüdern die Hand und sagen ihnen:

Was ihr wolltet, werden wir schaffen!

Wir stehen gerüstet, wir sind bereit,
Wir wollen, daß die Erde,
Darin ihr liegt strad und starr,
Ganz eine freie werde!

Knistern im Zentrumsturm.

Wie sehr die Gärung innerhalb der Zentrumskühler ist, bei denen Berichte über öffentliche Volksversammlungen der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft", veröffentlicht im Sonntagsblatt der genannten Organisation. Unter großem Beifall der aus früheren Zentrumsanhängern zusammengesetzten Versammlung sagte z. B. in Hatzfelde ein Redner, daß in der nächsten Zeit der schwerste Kampf ausgetragen werde, der Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt. Die Reaktion sei in der Lage, jeden Kampf durchzuführen. Als Waffe habe sie die Presse. Die nächste Waffe sei die Polizei und die Reichswehr, die Justiz, sowie der Zentrum. In den Fabriken getraue sich kein Arbeiter, etwas zu sagen. Sie würden einfach auf die Straße gesetzt.

Die Sozialdemokraten hätten unter keinen Umständen für das Ermächtigungsgesetz stimmen dürfen. Sie hätten vollständig versagt. Das Zentrum wolle alle Volksschichten in sich vereinigen. Das sei zwar ein idealer Gedanke, aber er sei nicht durchzuführen. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß die Interessen der Grafen neben denen der Arbeiter nicht vertreten werden könnten. Dann streifte der Redner die Siedlungsfrage. Der Großgrundbesitz müsse aufgeteilt werden. 6—7300 Morgen könne kein Besitzer so bebauen, wie es erforderlich wäre. Die schaffenden Stände müßten sich wie ein Mann zusammenschließen, damit das Kapital besiegt würde und die Arbeiter ihren Kindern ein gutes Erbe hinterlassen könnten. Als Mensch und nicht als Knecht müsse der Arbeiter betrachtet werden.

Ein Herr Erdmann rechnet mit dem Zentrum ab und betonte, daß die Sünden des Zentrums größer seien als die Verbrechen der sämtlichen anderen Parteien zusammen. Klöckner habe fremdes Kapital herangeholt, um den Achtstundentag zu beseitigen.

Die Arbeiter sind erneut betrogen, wenn sie glauben, mit radikalen Redensarten sei irgend etwas gebessert. Nur ein Weg führt hinaus aus dem sozialen Unrecht, hinauf zu den Höhen der Freiheit, der gesicherten Existenz. Das ist der Weg des Kampfes, des Klassenkampfes mit dem Ziel, die Kapitalherrschaft zu beseitigen, eine soziale Ordnung zu vernichten, die Ausbeutung und Knechtung unmöglich macht. Dazu ist notwendig die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Anwendung der Macht im Klasseninteresse der Werktätigen.

Proletarische Revolution

Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!
Hier ist Rhodus, hier tanze!

Karl Marx.

In Thüringen kriselts.

Im thüringischen Landtage haben die Völkischen eine Anfrage eingebracht, die sich mit dem Präsidenten der Staatsbank, Loeb, beschäftigt. Loeb hat den Nachteil, Sozialdemokrat zu sein, weshalb er bei den Völkischen unangenehm auffiel. Nach der Anfrage soll Loeb ein jährliches Gehalt von 42 000 Mark beziehen, das ihm auf zehn Jahre zugebilligt worden ist. Im Falle einer vorzeitigen Entlassung wäre Loeb die einmalige Abfindung von einer halben Million Goldmark zu zahlen. Die Völkischen verlangen Aufklärung, ob die Aeußerung des Ministers Leutheuser und des Finanzministers Stolze, die sich anerkennend über Loeb ausgesprochen hätten, tatsächlich auf Wahrheit beruhen. Eine nicht befriedigende Antwort würde ihre Fraktion zwingen, die Konsequenzen zu ziehen. — Durch die Opposition der Völkischen würde die Regierung in der Minderheit bleiben, so daß eine Kabinettskrise unvermeidlich wäre.

Weiter Defizitwirtschaft.

Der Ausweis der Reichshauptkasse in der ersten Märzdekade schließt mit einem Defizit von 11,9 Millionen Goldmark ab. Trotz aller „Sanierungs"-Kuren am Leib des werktätigen Volkes ist der kapitalistische Staat unfähig, aus der Finanzkrise herauszukommen. Er hilft sich mit den alten Helfferich-Havenstein-schen Schwindelmethoden, die schon einmal zu dem fürchterlichen Inflationszusammenbruch geführt haben. Die Notenpresse läuft lustig weiter. Daneben wird jetzt der Prägstock zu Hilfe genommen, und „Silbergeld" geprägt, das ebensoviel und ebensowenig Wert hat wie Papier. Ungedeckte Rentenbankschatzwechsel wurden herausgegeben — in der letzten Dekade wieder für 1,5 Millionen Mark. Das Resultat ist, daß die Rentenbank immer weiter trudelt. Die Spekulanten wittern wieder die Morgenluft einer neuen Inflation. Der täglich angemeldete Devisenbedarf beträgt über 300 Millionen Goldmark — die Höhe zeigt, daß es sich um rein spekulative Zwecke handelt. Die scharfen Repartierungen helfen nicht viel. In Neuyork steht der Dollar seit Wochen auf 4,4 bis 4,5 Rentenmark.

Die neue Inflation kündigt sich in stetigen Preiserhöhungen an: So sind nach dem Wochenindex des „Berliner Tageblatts" die Lebensmittelpreise in der letzten Woche um 0,4 Prozent, die Preise für Chemikalien und Düngemittel um 2,5 Prozent gestiegen.

Die Goldnotenbank wird in der kläglichen Form der Schachtschen Golddiskontbank die Krise nur verschärfen.

Die Arbeiter aus den Betrieben wollen kämpfen — die Bürokraten sabotieren.

Die Delegierten der Freien Gewerkschaften in Ludwigshafen hatten beschlossen, den Kampf der Chemiearbeiter anzuerkennen und zu unterstützen. In Hannover kamen die Vertreter von 20 am Oppauer Streik beteiligten Organisationen zusammen und beschlossen, ein Zusammengehen mit dem Industrieverband der Chemie in Ludwigshafen abzulehnen. Die versammelten Gewerkschaftsbonzen waren sich darin einig, daß mit allen Mitteln versucht werden müsse, den Streik beizulegen.

Während die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus den Betrieben den Kampf aufnehmen wollen, denken die Bonzen nur an ein Abwürgen des Streiks. Die Arbeiter werden diesen Schuften andere Grundsätze beibringen müssen.

Klassenurteil gegen Kommunisten in Frankreich.

Die Genossen Sachan und Taillant-Contourier sind zu vier Monaten Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe verurteilt worden, weil sie Soldaten zum Ungehorsam aufforderten.

Mussolini läßt Kahr beglückwünschen.

Die weitere Vernehmung Kahrs zeigt, daß er ganz und gar in die Putschpläne Hitlers verquickt war. Aber Oberst Seisser, der Anfang November nach Berlin fuhr, scheint zwischen Seeckt und Kahr vermittelt zu haben. Man einigte sich offenbar auf den Lockenden Putsch.

Interessant ist die Tatsache, daß in der Nacht vom 8. zum 9. November der italienische Generalkonsul zu Kahr gelaufen kam, um ihm zu gratulieren. Das zeigt die internationalen Verbindungen der Reaktion. Der Schlächter der italienischen Arbeiter, Mussolini, ist der Beschützer der deutschen Faschisten!

Ein lobenswerter Diensteifer.

VPBS. Der Diensteifer einer Dienststelle der deutschen Republik verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden. Ja, man müßte direkt ein neu zu schaffendes Ehrenzeichen der Republik dem Leiter dieser Dienststelle verleihen. — Bereits am 14. März mittag wurde der frühere R.-Abgeordn. Hoffmann-Schmargendorf durch das Postamt 25 mittels Rohrpostbrief aufgefordert, umgehend die Gründe dafür anzugeben, warum er trotz der gestrigen Reichstagsauflösung heute noch nicht wieder zum Dienst erschienen ist. Hoffmann hat sich beschwerdeführend an das Reichspostministerium gewandt.

Aus dem Hitler-Prozeß.

Trotz der nicht öffentlichen Sitzungen, trotz der „Dienstgeheimnisse" und ähnlicher Kunstgriffe lüften sich allmählich die Schleier über die Politik des Großkapitals und seiner faschistischen Söldner. Nicht darin, daß es Hitler und Kahr, liegt die Bedeutung dieses Prozesses, sondern daß es zugleich Seeckt und Stinnes und Ebert, alle die Drahtzieher der großkapitalistischen Diktatur, alle Hintermänner bloßstellt.

Der Professor Bauer, Vorsitzender der Vaterländischen Verbände Bayerns, also sozusagen ein Nachfolger Escherichs, hat das, was noch über die von Hitler und Kahr und Minoux gemeinsam geplante Aktion „gegen Berlin" fehlte, ergänzt. Claß und die Alldeutschen waren die Verbindungsleute zwischen Kahr und Seeckt, so wie Kahr in Bayern als Generalstaatskommissar der Verbindungsmann zu den Hitler-Leuten war. Der Plan war fertig. Selbst eine neue Verfassung hatte man nicht fertigzustellen vergessen. Der Küstriner Putsch war ein „Vorprellen" einzelner Gruppen, die das Signal nicht erwarten konnten. Ebert sollte mit Hilfe des Paragraphen 48 mitwirken und dem Putsch die republikanische Weihe geben.

Das „Vorprellen" Hitlers am 8. November hat diesen einheitlich geplanten Aufmarsch gestört. Ebert und Seeckt haben einen trockenen Putsch gemacht. Hitler und die Alldeutschen wurden als allzulaute Schreier von dem Großkapital abgeschüttelt. Claß rächte sich durch das geplante Attentat auf Seeckt.

Ueber die „politische" Praxis der Hitlerbanden sagt ein sozialdemokratischer Münchener Stadtverordneter Außbaum aus. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten wurden von den Hitlerleuten verhaftet und mit Erschießen bedroht. Man schlug sie mit Kolben, beschimpfte sie und zog ihnen die Kleider aus.

General Lossow sorgt weiter dafür, daß die Volksbelustigung bei diesem „Volksgericht" nicht fehlt. Er lehnt es brieflich ab, weiter als Zeuge zu erscheinen. Die Verteidiger verlangen seine zwangsweise Vorführung. Das Gericht verurteilt Lossow zu 50 (!) Mark Geldstrafe. So ist Lossow nicht gekränkt und zugleich die „Würde des Gerichts" gewahrt worden.

Kleine politische Nachrichten.

Ihre Größe ist — Passivität! Die Liquidation der Linken in der Sozialdemokratie ist so gut wie beendet. Die Vorgänge bei den Kandidatenaufstellungen zeigen ganz klar, daß die Linke nicht von irgendwelchem politischen Wollen getragen war, sondern lediglich von der Sucht, Posten und Mandate zu retten. Wo ihr diese Möglichkeit abgeschnitten ist, da zieht sie sich einfach in den Schmollwinkel zurück. Nicht einmal für ihre Mandate will sie kämpfen. Die Diktatur des Parteivorstandes in der Mandatfrage, das Absägen einer Reihe von „Linken", hat diese „revolutionäre" Gruppe zu dem heroischen Entschluß gebracht, sich an den Wahlarbeiten nicht zu beteiligen. O jammervolle Linke!

Arbeiterkämpfe.

Vor einem Riesenstreik der Bergarbeiter des Ruhrgebiets.

Die neuen Lohnabmachungen im Bergbau haben in der Ruhrarbeiterschaft die größte Empörung hervorgerufen. Da die Zechenbarone außerdem schon vor Ablauf des Manteltarifs darangehen, die achteinhalbstündige Schicht unter Tage zu diktieren, so ist es bereits zum ersten Konflikt gekommen. Im Wurmrevier steht die Belegschaft der Zeche „Maria-Glück" bereits im Streik, weil die Direktion die achteinhalbstündige Arbeitszeit bei 5 Mark Lohn für diese verlängerte Schicht durchführen wollte. Wir berichteten bereits, daß in Massen Erwerbslose aus Rheinhausen im Wurmrevier zum Streikbruch gepreßt werden sollten. Die Erwerbslosen, denen man nur das Fahrgeld ins Streikgebiet gegeben hatte, weigerten sich, Streikbrecherdienste zu leisten. Daraufhin wurde ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzogen.

Der Bezirk Ruhrgebiet der KPD. tritt mit einem Aufruf an das Ruhrproletariat, in welchem er die Lehren der vergangenen Epoche zieht, welche besonders durch die Unterdrückung der kommunistischen Bewegung seitens der Besatzungsbehörden und der unter ihrem Schutze auftretenden deutschen Behörden gekennzeichnet ist.

Die Sozialdemokratie wird gekennzeichnet in der Aufführung ihrer Taten, durch die sie sich offen und rückhaltslos auf die Seite der Bourgeoisie, insonderheit der Schloßbarone im Ruhrgebiet gestellt hat und den Abwehrwillen des Proletariats im Bergbau und Metallindustrie zerbrach. Nach der Kennzeichnung der Mehlich-Husemann-Grützner-Partei und der christlichen Gewerkschaften wird der Sinn der neuen, bevorstehenden Offensive der Großplünderer an der Ruhr gekennzeichnet und das gesamte Ruhrproletariat zum Kampf um folgende Ziele aufgerufen:

1. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht.
2. Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.
3. Friedensreallöhne.
4. Beseitigung der Werkswehren.
5. Sicherstellung der knappschaftlichen Rechte. Erhöhung der Renten für Witwen, Invaliden und Waisen.
6. Tarifliche Festlegung eines 14tägigen Urlaubs für alle Arbeiter.
7. Tarifliche Festlegung von 120 Zentner Deputatkohle zum Preise von 25 Pfennig pro Zentner.
8. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.
9. Abschluß eines diese Punkte enthaltenden Tarifs vor dem 1. April.
10. Der Tarif bedarf der Zustimmung eines Betriebsrätekongresses der Bergarbeiter des Ruhrgebiets, der von allen Richtungen beschickt werden muß.

Zur Durchführung der Kämpfe wird die Ueberwindung der gewerkschaftlichen Zersplitterung durch Schaffung geschlossener Industrieverbände als unbedingt nötig und dringend bezeichnet. Der Aufruf endet in eine eindringliche Mahnung, überall, in jeder Branche und jedem Betrieb sofort zu rüsten und alle Kräfte zu mobilisieren und schließlich mit dem Ruf:

Es lebe der Kampf aller Arbeitenden und Erwerbslosen!
Nieder mit den kapitalistischen Blutsaugern!
Es lebe die Siebenstundenschicht!
Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Zum Hafenarbeiterstreik.

(OPR) In immer weiterem Maße wird die Technische Nothilfe im Hafenarbeiter-Streik eingesetzt: in Hamburg, Bremen und Altona. Das „Hamburger Echo" bemerkt zynisch (in Nr. 70 vom 12. März), daß die Streikleitung hinsichtlich der Notstandsarbeiten auf dem Standpunkt stehe, daß diese nicht generell abzulehnen sind". Die Technische Nothilfe, die nach der amtlichen Mitteilung am Mittwoch schon in einer Anzahl von 350 Mann im Hamburger Hafen tätig war, erledigt als „dringende Notstandsarbeiten" u. a. das Entladen von Apfelsinen.

Das „Hamburger Echo" will die Streikenden überzeugen, daß die auf Veranlassung des Schlichters eingeleiteten Verhand-

lungen nicht direkt als gescheitert zu betrachten, sondern lediglich abgebrochen worden seien. In Wirklichkeit hat der Hafenbetriebsverein die Forderung der Streikenden auf Beibehaltung des Dreischichtensystems einfach rundweg abgelehnt. Das „Hamburger Echo", als Organ der Arbeitsgemeinschaft, bemerkt naiv tuend, die Arbeiterschaft sei nicht dazu da, die Gesundung der Wirtschaft allein (unterstrichen vom „Hamb. Echo") auf ihre Schultern zu nehmen. Die Reformisten sind also damit einverstanden, daß die Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiterschaft „im Interesse der Gesundung der Wirtschaft" verschlechtert werden. Die Reformisten müssen selbst zugeben, daß die Einführung der Zweischichten-Einteilung praktisch in vielen Fällen den Elfstunden-Arbeitstag bringen werde. Das „Hamburgger Echo" bemüht sich gleichzeitig, seine Streikbrechertätigkeit zu beschönigen; man wolle verhindern, daß ausgesperrte Werftarbeiter durch die Brutalität des Unternehmertums bei Beendigung des Kampfes beschäftigungslos auf der Straße liegen bleiben. Darauf ist zu erwidern: Maßregelungen können nur durch einen Sieg der Arbeiterschaft verhindert werden! Zum Siege ist aber die größtmöglichste Steigerung des Kampfes notwendig.

Alles, was die Reformisten vornehmen, bedeutet die Schwächung des Kampfes, die Vorbereitung auf eine Kapitulation vor dem Unternehmertum.

Als erfreuliche Erscheinung im Kampfe ist zu verzeichnen, daß die englischen Köche auf dem Dampfer „Pitsburg", der im Hamburger Hafen steht, und zu dem die Technische Nothilfe angemustert worden ist, das Kochen für die Teno ablehnten. Die Solidarität der internationalen Arbeiterschaft im Werft- und Hafenarbeiterstreik muß erweitert und ausgebaut werden.

Die Arbeiter im Holzwerke Thüringerwald A.-G. in Pößneck-Köstritz (Thüringen) wollten, nachdem sie von Januar an 54 Stunden gearbeitet hatten, nunmehr die 48-Stundenwoche durchführen. Daraufhin wurde die Gesamtbelegschaft ausgesperrt.

•

Die Leipziger Metallarbeiter streiken bereits in der 9. Woche, um Lohn- und Arbeitszeitverschlechterungen abzuwehren.

•

Die Unternehmer der Remscheider Werkzeugindustrie sperren die Arbeiter aus, weil die Schleifer im Streik stehen.

•

Die sächsische Koalitionsregierung erklärt, diejenigen Arbeiter des Elektrizitätswerkes Hirschfelde fristlos zu entlassen, die die 54-Stundenwoche noch nicht anerkennen wollen.

•

Die Wilhelmshütte in Träsenroda ist ein besonderer Würgebetrieb. Unser Bruderblatt, das „Gothaer Volksblatt", hatte die Zustände auf der Hütte kritisiert, was die Direktion veranlaßte, dem kommunistischen Betriebsrat folgendes Ultimatum zu stellen:

„Sie fahren nach Gotha zur „Volksblatt"-Redaktion und veranlassen, daß bis zum 17. März die Berichtigung von uns im „Volksblatt" erscheint, widrigenfalls sind Sie und noch zehn andere Arbeiter (jedenfalls Kommunisten) Die Red.) sofort entlassen."

•

Die Belegschaft der Buderuswerke bei Gießen, die schon mehrere Wochen im Streik steht, hatte einige Streikbrecher verprügelt. Daraufhin ist eine Hundertschaft Schupo aus Butzbach zum Schutz der Arbeitswilligen in das Werk eingerückt.

Beamtenbewegung.

Gewerkschaftliche Wege der Beamten.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Beamtenbewegung bedenkliche organisatorische Mängel anhaften, die in einer nicht zu überbietenden Zersplitterung in hunderte von kleinen und kleinsten Gruppen und Fachsparten bestehen und sie zur Ohnmacht verdammt. Man behaupte ja nicht, diese Gewerkschaftssplitter seien notwendig. Die fachtechnische Aufgaben können auch in lockeren Vereinigungen gelöst. Wirtschaftskämpfe dagegen nur durch kompakte Massen nach klar umrissenen Zielen mit durchschlagenden Mitteln geführt werden. Wer andere glauben machen will, die lose Verbindung der unzähligen Fachverbände zu Spitzenorganisationen erfülle diese Voraussetzungen, der will eben den energischen Kampf um die Lebensinteressen der Beamten nicht. Gerade die Spaltung in zahllose Einzelverbände nährt im Beamtenelement jenen Kastengeist, Standesdünkel und Egoismus, die der Todfeind der Solidarität und damit des einzig Erfolg versprechenden einheitlichen Kampfes sind. Mit einem so psychisch gelähmten Gegner hat der Staat als Unternehmer leichtes Spiel; und die gegenwärtige Regierung hätte sicher nicht gewagt, mit einer derart beispiellosen Brutalität gegen die Arbeiter vorzugehen, wenn sie deren Schwäche nicht gekannt hätte. Der Wille, eine Besserung seiner Lebenslage zu erzielen, muß sich im Beamten in der Ueberwindung aller Hemmungen äußern, die der Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein und desselben Dienstzweiges zu Industrieverbänden entgegenstehen. Solange die Beamten nicht über Standesdünkel und Vorurteil hinweg solche machtvolle Gewerkschaften mit bilden, werden sie ihr Los nicht selbst formen können, sondern auf Gnade oder Ungnade den kapitalistischen Machthabern ausgeliefert sein.

Ohne engste Verbindung der Erwerbslosen mit den Betrieben durch planmäßig organisierte Arbeit der Betriebszellen in Gemeinschaft mit kommunistischen Erwerbslosen, keine Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, keine Gewähr für Demonstrationen, für gemeinsamen Kampf jeder Art.

Keiner Betonung bedürfte es eigentlich mehr, daß die Anwendung anderer Kampfmittel notwendig ist; denn es müßte jedem Beamten durch die traurigen Erfahrungen längst bewußt geworden sein, wie wenig mit Gesetzentürmen, Denk- und Bittschriften, papiernen Protesten und Delegationen zu ändern ist. Wozu gibt es denn ministerielle Papierkörbe? Und der unbequemen Mahner entledigt man sich durch leere Beteuerungen und Versprechungen, die man doch nicht hält. Das Kennzeichen aller Maßnahmen der Ermächtigungsdiktatur ist brutale Gewalt im Dienste der Kapitalisten; und jeder, der nicht selbst ein Reaktionär oder Träumer ist, wird zugeben, daß es dagegen nur ein wirksames Mittel gibt, das ist offene Gegenwehr. Die Verantwortung für die daraus entstehenden wirtschaftlichen Schäden tragen die, die durch ihre Handlungen den Kampf provozieren. Eines steht fest: wenn die mittleren und unteren Beamten nicht ganz und gar das Opfer des Molochs Profit werden wollen, dürfen sie auch nicht vor passiver Resistenz und Streik zurückschrecken.

Man hat von Regierungsseite im Bunde mit den obersten juristischen Instanzen den Beamten das Streikrecht bestritten. Das ist ein juristischer Unsinn. Der Reichsdisziplinargerichtshof war ehrlich genug, das einzugestehen, indem er erklärte, daß rechtliche Bedenken gegen den Beamtenstreik nicht geltend gemacht werden könnten. Die Weimarer Verfassung sichert den Beamten das Recht freier Vereinigung; und kein Mensch wird bestreiten wollen, daß das Streikrecht der wesentlichste Bestandteil des Koalitionsrechtes ist. Man weigert sich ja nur aus „Staatsräson", es den Beamten zuzuerkennen und rückt damit diese Streitfrage aus dem Bereich des Rechts in das der Macht. Man führt ins Feld, der Beamte dürfe als Funktionär der Gesamtheit deren Wohl nicht durch Streik gefährden, mit anderen Worten, er müsse alles ruhig hinnehmen, was die regierenden Beauftragten der Kapitalisten über ihn verfügen. Daraus spricht jedenfalls eine eigenartige Moral, die man wahrlich keinem Menschen aus Fleisch und Blut zumuten sollte.

Der Kampf um das nackte Leben der Beamten und Arbeiter kann im kapitalistischen System und erst recht in einem durch Kriegswahnsinn und Wirtschaftsanarchie in seinen besitzlosen und wenig besitzenden Schichten verarmten Volk nur auf Kosten des Profits geführt und muß naturnotwendig in seinem letzten Stadium zum Generalangriff auf die kapitalistische Profitwirtschaft überhaupt werden. Freiwillig werden die Kapitalisten nie eine Schmälerung ihres Profits und Eigentums zugeben, unter dem Druck geschlossener Aktionen der Arbeiter und Beamten sind sie höchstens zu geringfügigen Zugeständnissen bereit, um zuletzt durch den Einsatz aller Machtmittel, bis zum Maschinengewehr, ihre verbrecherischen Privilegien zu verteidigen. So entwickelt sich der Wirtschaftskrieg zwangsläufig zum Kampf um die politische Macht. Es ist eine Farce, zu behaupten, Wirtschaft und Politik seien zwei verschiedene Gebiete, die reinlich geschieden werden müßten. Wer derartig argumentiert, lügt entweder oder irrt. Die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß mit der Zertrümmerung des politischen Machtapparates der Bourgeoisie und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur beginnen. Die Beamten werden sich entscheiden müssen, auf welcher Seite sie kämpfen wollen. Es gibt nur ein Für und Wider. Zwischen beiden kämpfenden Klassen steht ein indifferenter Massenbrei, der seine Unentschlossenheit mit seiner Dezimierung und Vernichtung büßt. Wenn die Beamten ihre eigensten Interessen zu wahren gewillt sind, müssen sie sich in die Bataillone des klassenbewußten Proletariats einreihen und das wirksamste Kampfmittel, das den Entrechteten und Ausgebeuteten verblieben ist, den Generalstreik, in ihren Reihen propagieren und vorbereiten. Nur im gemeinsamen Endkampf gegen das Kapital vermögen sich die Hand- und Kopfarbeiter, die beamteten sowohl als die privaten, aus den Klauen ihrer Blutsauger zu befreien. Je fester Beamte, Arbeiter und Angestellte der Führersabotage zum Trotz von unten auf den Ring schließen, zu brüderlichem, gewerkschaftlichem Kampf, desto leichter und rascher glückt der Sturm auf die kapitalistische Burg zum Heile der Menschheit.

Der erfolgreiche Abwehrkampf der österreichischen Bankangestellten gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Von der hiesigen Ortsgruppe des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten (Geschäftsstelle, Gewerkschaftshaus, Zimmer 137. Neubau) erhalten wir folgende Zuschrift: Die zahlreichen vollkommen unzutreffenden und irreführenden Notizen in der bürgerlichen Presse über den Ausgang des großen österreichischen Bankangestellten-Streiks veranlassen uns zu folgender Richtigstellung:

Der große Kampf im österreichischen Bankgewerbe hat mit einem glänzenden Siege der kämpfenden Bankangestelltenschaft geendet; der Bankverband, der in den Kampf gezogen war, um den Einfluß der Organisation in den Betrieben zu vernichten und das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den Betrieben auszuschalten, hat eine völlige Niederlage erlitten. Der Führer der Scharfmachergruppe innerhalb des Bankverbandes, Dr. Schwarzwald, hat bei der Beendigung des Konfliktes erklärt, er müsse eingestehen, die Macht und die Stärke der Organisation unterschätzt zu haben. Nachdem er dies erkannt habe, sei es an der Zeit, die blutende Wunde am Körper der österr. Volkswirtschaft zu schließen, auch wenn er den durch den Kampf gewollten Zweck nicht erreicht habe. Gut sei, daß die Kräfte sich gemessen hätten. Er erwarte, daß beide Teile, in Zukunft nie mehr einen solchen Kampf führen, sondern sich, wie dies früher der Fall gewesen sei, stets freundschaftlich verständigen würden.

In grundsätzlicher Beziehung steht das Streikergebnis so aus, daß die Verlängerung der Arbeitszeit, ebenso die Verschlechterung der Dienstpragmatik abgewehrt worden sind. Es bleibt entgegen den falschen Meldungen, die in einem Teil der Deutschen Presse erschienen sind bei der 41-Stundenwoche im österreichischen Bankgewerbe. Hinzu kommt, daß die Grenze für die Ueberstunden um zwei Stunden wöchentlich herabgesetzt worden ist. Weiter ist die Pragmatisierung der Vertragsangestellten, gegen die sich der Bankenverband mit Händen und Füßen gewehrt hat, verteilt auf drei Termine durchgesetzt worden, ebenso die liniare Erhöhung der Gehälter, gegen die der Bankenverband erbittert angekämpft hat. Das Ausmaß der erzielten Gehaltserhöhungen bewegt sich im Vergleich zu dem Kollektivvertrag des vergangenen Jahres zwischen 14 bis 28 Prozent. Von seiten der Angestellten ist lediglich eine Verlängerung der Kassenstunden zugestanden worden mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie nicht zu einer Verlängerung der Arbeitszeit führen darf. Die Streiktage werden bezahlt und zwar zu den erhöhten Einkommenssätzen. Die Aufarbeitung der durch den Streik hervorgerufenen Rückstände erfolgt nur gegen Bezahlung der Ueberstunden. Außerdem hat der Bankenverband die Kosten für die eingereichten Massenklagen der ausgesperrten Angestellten zu tragen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Weiter hat der Bankenverband anerkennen müssen, daß durch den Streik keine Unterbrechung des Dienstverhältnisses eingetreten ist. Diese Friedensbedingungen bedeuten einen glänzenden Sieg der österreichischen Bankangestellten, die mit beispielloser Einmütigkeit und Geschlossenheit den schweren Kampf drei Wochen hindurch geführt haben. Dieser glänzende Sieg der österreichi-

---

DIE REBECCEN

3

Von P. E. Dybenko.

II.

Leise wiegen sich die Schiffskörper im Wasser der Bucht von Helsingfors. Die Einfahrt in den Hafen bewachen Wachtschiffe und die Festung Sweaborg. Das chaotische Wirrwarr der ersten Tage ist vorüber. Die Nerven beruhigen sich und auf den Schiffen herrscht verhältnismäßige Stille und Ordnung. Man ließ uns jetzt sogar an Land gehen. Wenn Alarm geblasen wird nehmen alle ruhig ihre Plätze ein, Narren, die in Unterwäsche über das Deck hasten, sieht man nicht mehr. Die Schiffe werden nach und nach neu armiert, sie ziehen sich ein neues Kleid an man behängt sie mit Schutznetzen gegen Minen.

Es ist wahr, sie sind dadurch etwas schwerfälliger geworden, aber man fühlt sich um so behaglicher dabei. Rennt man eine Mine an, dann ist's immerhin nicht so gefährlich. Der Kreuzer „Aurora" zum Beispiel (diese „Auroras" müssen auch immer Pech haben; in jedem Kriege ersaufen sie als die ersten), ging gleich am Anfang des Krieges auf die Suche nach dem deutschen Geschwader in See und kam nicht wieder — war einfach verschwunden; kein Mensch weiß, wie ihn das Meer verschlungen hatte. Die einen versichern, daß das Schiff eine Mine angelaufen und explodiert sei, andere behaupten, der Kreuzer habe sich den Deutschen in Gefangenschaft gegeben, wieder andere sagen einfach, daß das Schiff mitsamt der ganzen Besatzung ertrunken sei.

Die Minenleger hatten zu dieser Zeit schon gute Arbeit geleistet; auf allen Zugängen nach Reval und Helsingfors lagen Minenfelder. Torpedojäger sausten kreuz und quer durch die Rigaer Bucht und kamen sogar bis nach Kiel. Man sprach davon, daß „Nowik" sich bis in die Kieler Bucht hineingewagt und dort Minen gelegt habe. Die Deutschen verfolgten zwar das Schiff, vermochten aber nicht, es einzuholen. Dafür kam „Nowik" in Reval ohne Schrauben an.

Der „Bad-Nachrichten-Dienst" war emsig bei der Arbeit. Jede Stunde kamen neue Nachrichten von russischen Siegen an der Landfront. Rennenkampf habe schon ganz Ostpreußen besetzt und nähere sich schon Berlin. Im ganzen heiligen Rußland hält man Gottesdienste für die Gewährung eines schnellen Sieges über die heidnischen Deutschen. Die Oesterreicher werden überhaupt nicht ernst genommen. Die laufen immer davon. Es braucht sich nur ein Kosak mit seiner langen Pike zu zeigen, um ganze österreichische Divisionen in die Flucht zu schlagen. Alles geht ausgezeichnet und mühelos vor sich, der kleine Verstand eines einfachen sterblichen Menschen ist schlechterdings nicht imstande zu begreifen, wie das alles geht, und vor allem die Namen der vielen Städte zu behalten, durch die die russischen Heere marschiert sind.

Im Hinblick auf die überwältigenden Siege der russischen Armee wurde auch unser Kommandeur etwas liebenswürdiger. Er erlaubte den Matrosen, die reaktionäre Zeitung „Nowoje Wremja" zu lesen. Sie war voller Lobeshymnen für die siegreiche russische Armee. Nur die Bad-Zeitung war mit dem neuen Konkurrenten unzufrieden und verlor in ihrem Wetteifer so sehr den Kopf, daß sie alle Städte verwechselte: österreichische kamen an die deutsche Front und deutsche an die österreichische. Es fehlte nicht viel, daß sie eine türkische Stadt nach Ostpreußen verpflanzte. . . . Aber der Kommandeur selbst sorgte dafür daß allzu arge Fehler nicht vorkamen. Auch heute, am Sonntag, gingen alle möglichen Gerüchte um: die Deutschen seien geschlagen die russische Armee sei schon jenseits der Karpathen, die Stadt Lemberg eingenommen, und viele andere Siege. Es ist gut, daß heute Sonntag ist. Wenn es richtig ist, so wird der Kommandeur nach dem Morgengebet diese Nachrichten bestätigen und uns ganz genau sagen, welche Städte und wann sie fest worden sind.

Der Hornist bläst zum Gebet. Alle sind versammelt. Der Geistliche beeilt sich, die Liturgie zu beenden. Der Alte freut sich auf das Mittagessen und auf das Schnäpschen. — einen solchen Sieg hat man alle Ursache, gehörig zu feiern. Am Schluß der Liturgie Dankgottesdienst über den neuen Sieg und eine Messe für die gefallenen Helden bei Lemberg. Also stimmt es. Nach dem Gebet warten wir in Reih und Glied auf den Kommandeur. Er wird uns zu der Einnahme Lembergs gratulieren und ein paar süßlaue Worte dazu sagen. Dieses Mal brauchen wir nicht lange zu warten. Der Kapitän Nebolsin erscheint; er ist von kleinem Wuchs, unansehnlich, mit auf die Brust geneigtem Kopf — er kopiert Napoleon. Er begrüßt uns, gratuliert zu der Einnahme Lembergs und examiniert bei dieser Gelegenheit diesen und jenen Matrosen, ob sie die Namen der besetzten Städte richtig behalten hätten.

Aber die Matrosen quälten sich die Namen der besetzten Städte nur mit großer Mühe an. Offenbar interessierten sie sich nicht so sehr für die besetzten Gebiete. Nur jene, denen diese neuen Städte einen Gewinn versprachen, oder die in ihnen zu wohnen gedachten, behielten diese fremden Namen. Und von uns dachte doch keiner an die Uebersiedelung in diese fremden Länder. Bei der Musterung wickelte sich heute alles ausgezeichnet ab, sogar der Kommandeur selbst gab Scherze zum Besten; nur ein Sanitäter verdarb die festliche Stimmung: er erschien mit einem zollangen Haarschopf. Und ein solches Verbrechen galt in den Augen des Kommandeurs als „Verschwörung und Meuterei". Als er die „langen" Haare des Sanitäters bemerkte, brach der Kommandeur in ein wütendes Geschimpfe aus und befahl dem Wachtmeister, sofort den Haarschopf abzuschneiden und den Sanitäter zu durchsuchen. Bei dem armen Burschen werden sie wohl kaum etwas gefunden haben. Aber Tatsache ist, daß man nach dem Sanitäter auch einige andere zu durchsuchen begann. Glücklicherweise fand man nichts.

So „kämpften" wir beinahe einen ganzen Monat und zählten die eingenommenen Städte. Das Schlachtschiff „Andrej" lag zu dieser Zeit im Dock, nachdem es schon am ersten Tage der Kriegserklärung ausgelaufen war und sich ein Loch geholt hatte; „Rjurik" lag ebenfalls im Dock, sollte aber bald flott werden. Von Tag zu Tag erwartete man aus Petersburg die neugebauten Dreadnoughts. Alle beschäftigt der eine Gedanke: sobald die Dreadnoughts da sind, „Andrej" und „Rjurik" kampfbereit sind, dann werden wir den Deutschen zeigen, was die russische baltische Flotte leisten kann. Das Flotte eingesperrt hat und nicht herausläßt. Einstweilen aber mußten wir warten und die Tage vergingen wie früher.

Endlich befahl der Admiral von Essen das Geschwader wird etwas anderes sein als „Göben", die die Schwarzmeerflotte eingesperrt hat und nichts herausläßt. Einstweilen aber mußten wir warten und die Tage vergingen wie früher.

Endlich befahl der Admiral von Essen das Geschwader nach Reval und stach mit einer Flotte von Linienschiffen, Kreuzern und Minenschiffen ins offene Meer, um die deutsche Flotte zu suchen. Zu dieser Zeit erlitten die Deutschen eine „Havarie". Einer der leichten deutschen Kreuzer lief in der Nähe des Hafens Peter der Große auf Grund und setzte sich so fest, daß er nicht mehr freikam. Der Marinebericht lautete: Die deutsche Flotte geschlagen, ein Kreuzer versenkt.

Nachdem wir zwei Tage über die See irrten und keinen Deutschen fanden, kehrten wir wieder nach Reval zurück. Aber auf dem Rückwege passierte ein Unglück: die vier besten Schiffe — „Imperator Pawel I", „Zessarewitsch", „Slawa" und „Rjurik" — setzten sich mitsamt dem Admiral in nächster Nähe Revals auf eine Sandbank. Allerdings wurden sie wieder flott, aber alle vier bekamen ein Leck. Drei Tage lang wurden sie zementiert und machten den ganzen Krieg mit Zement mit. Da kamen auch schon überraschende Nachrichten v. Essen sei ein Deutscher, sein Bruder kommandiere eine deutsche Armee; v. Essen sei ein „Verräter". Die Gerüchte mehrten sich, bis der arme v. Essen eines Tages plötzlich starb. Es gab auch eine andere Version: daß Kolltschak, der damals in der baltischen Flotte war, v. Essens Verrat höheren Ortes angezeigt habe. v. Essen soll man ohne das Ergebnis dieser Anzeige abzuwarten, sich auf der Rückfahrt nach Reval vergiftet haben. Ob es wahr ist oder nicht, das weiß bis heute niemand. (Fortsetzung folgt.)

schen Bankangestellten ist umso bedeutungsvoller, als er in einer Zeit tiefster wirtschaftlicher Depression und rückläufiger Konjunktur errungen worden ist. Ein Beweis für die ungeheure Macht der Arbeit, wenn sie einig und geschlossen zusammensteht. An der geschlossenen Front der österreichischen Bankangestellten hat das internationale Finanzkapital seinen Meister gefunden. — Die Auswirkung dieses Kampfes und Sieges wird auch für die Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse in allen anderen Ländern von großer Bedeutung sein.

Ein aufrichtiger Bankdirektor.

Die Bankangestellten sind in den letzten Jahren in ungeheuerlichster Weise ausgebeutet worden. In der Inflationszeit mußten bis tief in die Nacht hinein Ueberstunden gemacht werden, um den Schiebern und Spekulanten ihre Gewinne zu sichern. Die Angestellten, in denen zum Teil noch der alte Standesdünkel lebendig ist, haben dafür schlechten Dank vom Bankkapital geerntet, das selbst fette Profite eingeheimst hat. Wie die Bankgewaltigen über die Angestellten denken, zeigt drastisch ein Ausspruch des Direktors Amsberg von der Filiale der Dresdener Bank in Stettin, als der Betriebsrat gegen die Entlassung von verheirateten Angestellten vorstellig wurde. Dieser würdige Vertreter eines finanzgewaltigen Unternehmertums erklärte ganz einfach:

„Nach meiner Meinungg ist es Verbrechen, wenn ein Angestellter in nicht gesicherter Position 2 oder mehr Kinder in die Welt setzt. Für diese Leute ist einfach kein Platz mehr in Deutschland. Es ist auch ein großer Leichtsinn, wenn ein Angestellter unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich überhaupt verheiratet."

Nicht nur die Bankangestellten, sondern alle Angestellten und Arbeiter müssen Herrn Amsberg für seine Offenheit dankbar sein. Er hat offen zum Ausdruck gebracht, was alle seine Kollegen über die Arbeiter und Angestellteg denken. Man betrachtet sie als profitmachende Maschinen, die kein Recht auf menschliches Glück und auf Gründung einer Familie haben. Es wird höchste Zeit, daß auch die Bankangestellten daraus ihre Lehre ziehen und zum Heer des kämpfenden Proletariats stoßen.

Aus Betrieb und Gewerkschaft.

Was tut uns not?

(Eine Antwort an den Deutschen Textilarbeiter-Verband)

Seit dem Jahre 1914, wo Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Hinmetzelung Hunderttausender von Arbeitern durch Arbeiter förderten, anstatt den imperialistischen Krieg mit dem Bürgerkrieg zu beantworten oder auch nur eine allgemeine Kriegsdienstverweigerung zu organisieren, hat der ADGB. sich als immer festerer Platzhalter der Konterrevolution erwiesen. Die Errichtung und Förderung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, die Koalition mit der Bourgeoisie bei den verschiedenen Regierungsbildungen, die Förderung des Reichswehreinmarsches nach Sachsen und Thüringen im Oktober vorigen Jahres, die Zustimmung zu mErmächtigungsgesetz und die Hinnahme der vielen Verschlechterungen in der Lage der Arbeiterschaft vertrieben Millionen von Arbeitern aus den Organisationen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat die arbeiterfeindliche Politik des ADGB. mitgemacht. Im Oktober noch hat der Zentralvorstand auf eine Anfrage der sächsischen Filiale Limbach geantwortet, daß er einen Generalstreik bekämpfe.

In den folgenden Monaten hat der Deutsche Textilarbeiterverband sinnlos gegen alle diejenigen gewütet, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und durch die Umgestaltung der Gewerkschaften zu Klassenkampforganen eine Gesundung in der deutschen Arbeiterbewegung herbeiführen wollen. In Berlin, in Sachsen, überall sind oppositionelle Mitglieder, die seit durch jahrelange Arbeit im Deutschen Textilarbeiterverband verwurzelt war, mit Ausschlußverfahren bedacht worden. Die Teilnahme an der Weimarer Konferenz, die sich durchaus im Rahmen der Gewerkschaften gehalten hat, die Zugehörigkeit zur oppositionellen Fraktion, der auch im Textilarbeiterverband reformistische Fraktionen gegenüberstehen, die Verbreitung kommunistischer Zeitungen waren Grund genug, unbequeme Kollegen und Kolleginnen kaltzustellen.

Heute ist dem deutschen Textilarbeiterverband bereits selbst bange geworden vor den Auswirkungen seiner Spaltungstätigkeit.

Anstatt aber sich an die Spitze der bereits im ganzen Reich sich ausdehnenden Kämpfe um die Erhaltung des Achtstundentages zu stellen, und dadurch das verloren gegangene Vertrauen wieder zu gewinnen, anstatt durch die Zusammenfassung der Bewegungen tatsächlich der Unternehmeroffensive Einhalt zu gebieten, wird eine wüste Kommunistenhetze entfaltet.

In einem Artikel „Was tut uns not?" im Verbandsorgan Nr. 5 vom 29. Februar 1924 heißt es:

„**Das schlimmste war, daß die Arbeiterschaft, nachdem ihr beim Zusammenbruch 1918 die politische Macht in den Schoß gefallen war, sie diese Macht nicht ausnützte, um das Eroberte zu sichern, sondern anstatt dessen sich gegenseitig in der schlimmsten Weise bekämpfte.** Anstatt gegen die bürgerliche Gesellschaft die Kampffront zu richten, das Errungene zu befestigen, haben sich die Arbeiter in diesem gehässigen Kampf die Schädel gegenseitig eingeschlagen. Der Verlust der Machtpositionen der Arbeiterschaft ist ein Er- **Verlust der Machtpositionen der Arbeiterschaft ist ein Ergebnis dieses Kampfes.**"

Wir fragen: **Wer anders als der ADGB. und mit ihm der Deutsche Textilarbeiterverband haben denn dafür** gesorgt, daß **die politische Macht im Jahre 1918 nicht ausgenutzt** und das **Eroberte nicht gesichert worden ist? Haben sie nicht,** durch die **Arbeitsgemeinschaftspolitik sich die Macht wieder völlig** aus **den Händen gleiten lassen?** Geben sie nicht zur selben Zeit, wo sie diesen Artikel schreiben, wiederum kampflos sogar die von ihnen mit so starken Worten gefeierte 46-Stundenwoche preis? Sind sie es nicht, die heute auch die allerletzten Errungenschaften des November 1918 der kapitalistischen Profitsucht opfern?

In dem Artikel im „Textilarbeiter" wird auch behauptet, daß der Textilarbeiterverband Feststellungen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und gegen den Abbau der sozialen Errungenschaften wende, „soweit dies seine Kräfte zulassen".

Wir fragen wiederum: Wo kämpft in Berlin der Deutsche Textilarbeiterverband zusammen mit den Teppichwebern bei Teikisch gegen die 53stündige Arbeitswoche? Haben nicht die Jäckel und Feinhals in Ostsachsen selber geraten, die 53

Achtung! Achtung!

An alle Ortsgruppen!

Sendet sofort alle Adressen der örtlichen Wahlkomitees an das Bezirkswahlkomitee. — Die aufgestellten Kandidaten zu den Gemeindewahlen müssen sofort an den Bezirk gemeldet werden. Referenten-Anforderungen können nur dann berücksichtigt werden, wenn dieselben mindestens 8 Tage vor der Versammlung gefordert werden. Die in den an alle Ortsgruppen versandten Rundschreiben über **Kommunal-, Reichstag- und Betriebsrätewahlen** enthaltenen Richtlinien müssen unbedingt erfüllt werden.

Von dem auf die Sammellisten gezeichneten Geld müssen schnellstens Teilbeträge an den Bezirk eingeschickt werden.

Die Adresse für das Bezirkswahlkomitee ist A. Hamann, Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Genossen! Die Wahlen finden am 4. Mai statt; die Zeit bis dahin muß ausgenutzt werden.

Eine Welt von Feinden steht gegen uns. Alle Mann auf die Schanzen. Tue jeder seine Pflicht, und wir werden sie niederringen.

Bezirkswahlkomitee für Schlesien
Breslau, Trebnitzerstraße 50.
J. A.: **A. Hamann.**

Stundenwoche anzunehmen? Was tut der Deutsche Textilarbeiterverband in Sachsen, Thüringen und Württemberg zur Verteidigung des Achtstundentages? Wo ist die ideelle und materielle Unterstützung der Kämpfenden? Wie steht es mit dem Kampffonds für den Achtstundentag?

Daß heute die gewerkschaftlichen Gelder nicht ausreichen, um die großen im Kampfe stehenden Massen so zu unterstützen, daß jeder einzelne das Existenzminimum erhält, weiß jeder. Trotzdem kann der Kampf geführt werden dadurch, daß die gesamte Arbeiterschaft mobilisiert wird und dadurch, daß man in Verbindung mit den Landarbeitern, Kleinbauern und Kontrollausschüssen die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und sonstigen Gebrauchsgegenständen organisiert.

Wir sehen die großen Gefahren, die heute der Arbeiterschaft durch ihre Zersplitterung drohen. Wir erstreben mit allen Kräften große einheitliche Gewerkschaften und wir sagen nicht, wie es im Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes geschehen ist, daß die Mitgliederzahl ruhig auf das Häuflein der Vorkriegszeit zurücksinken solle. Um die Massen in den Gewerkschaften zu halten, um überhaupt noch einmal aus dem heutigen und zunehmenden Elend herauszukommen, müssen die Gewerkschaften, muß auch der Deutsche Textilarbeiterverband den Kampf mit dem Unternehmertum und der gesamten Konterrevolution aufnehmen. Dafür kämpfen wir.

Naivität oder Täuschung der Mitgliedermassen.

Der Gesamtvorstand des Afa-Bundes verweist in einer Entschließung auf die von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausgegebenen Weisung, verbindlich erklärte Schiedssprüche in Gesamtstreitigkeiten nicht durchzuführen und vor der Stillegung der Betriebe als Kampfmaßnahmen gegen den sogenannten Tarifzwang nicht zurückzuschrecken. Der Afa-Bund erwartet, daß die Reichsregierung zu diesem Vorgehen der Vereinigung eindeutig Stellung nehmen wird. Was heißt das?

Die Verbandsmitglieder des Afa-Bundes, die bekanntlich „links" orientiert sind, beweisen durch diesen Beschluß, daß sie entweder eine starke Dosis politischer Naivität besitzen, oder auf Täuschung der Angestellten ausgehen. Kein vernünftiger Mensch wird von dieser Regierung, von der offenen Schildhalterin des Stinneskapitals erwarten, daß sie gegen ihre Auftraggeber vorgeht. Zu einem solchen Klassenverrat sind nur die rechten und „linken" sozialdemokratischen Führer fähig, die jetzt begonnen haben, in der Durchführung dieser verräterischen Politik die Gewerkschaften zu zerschlagen und den Arbeitern in dem schweren Kampf gegen Unternehmerwillkür in den Rücken zu fallen.

Kolporteure! Postscheckeinzahlungen!

Wir mußten feststellen, daß die auf unser Postscheckkonto eingezahlten Geldbeträge vom Breslauer Postscheckamt mit der Begründung zurückgesandt worden sind, unser Konto sei erloschen. Das Breslauer Postscheckamt stützte sich in seiner Handlungsweise auf die Verordnung des Militärbefehlshabers, betr. Auflösung von Vereinen und glaubte unser Konto für ewige Zeiten gesichert zu halten. Auf unseren Einspruch ist das Konto jetzt wieder freigegeben und wir bitten alle Einzahler, die die Geldeinzahlungen zurückerhielten, sofort erneut die Einzahlungen unter Benutzung unserer bisherigen Formulare zu machen.

Verlag der Schles. Arb.-Zeitung.

Die Bergarbeiter zur 24. Generalversammlung in Dresden.

Die am vergangenen Sonntag stattgefundene Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Nieder-Altwasser beschäftigte sich mit den Anträgen zum bevorstehenden Verbandstage. Die Statutenberatungskommission legte der Versammlung eine ganze Anzahl vor, die zum größten Teile einstimmig angenommen wurden. Die Anträge lauten:

1. Der Bergarbeiterverband muß zur Industrieorganisation ausgebaut werden;
2. die Wahlen zum Gewerkschafts- und internationalen Bergarbeiterkongreß müssen durch Urwahl vorgenommen werden;
3. wird beantragt, daß ein Vertreter aus dem Niederschlesischen Bergrevier in den Hauptvorstand entsendet wird;
4. den nächsten Verbandstag in Niederschlesien stattfinden zu lassen, wobei die Niederschlesischen Zahlstellen, für Unterkunftsmöglichkeiten zu sorgen haben;
5. der Verband ist eine Klassenkampforganisation. Unterstützungseinrichtungen wie Krankenunterstützung und Sterbegeld werden fallen gelassen;
6. die Beiträge sollen nach den tariflichen Durchschnittslöhnen berechnet werden;
7. zu § 6 Absatz 1 des Statuts: statt „in der Regel" ist „in jedem Falle" dem auszuschließenden Mitgliede der Grund vorher mitzuteilen;
8. § 9 Absatz 3: Invalide Mitglieder zahlen keinen Beitrag, wenn sie fünf Jahre Mitglied der Organisation waren. Sie behalten jedoch die Rechte des Statuts;
9. § 13 Absatz 1 u. 2: Daß die Stundungszeit von restierenden Beiträgen auf acht Wochen beibehalten wird;
10. § 43 Absatz 3: Die Bezirksangestellten sind alljährlich durch Urwahl zu wählen;
11. § 24 Absatz 2 u. 3: Die Frist zur Anmeldung von Streiks wird auf acht Tage herabgesetzt. Abs. 4 wird ganz gestrichen;
12. § 52 Absatz 7: Angestellte haben nur dann Stimmrecht auf dem Verbandstage, wenn sie im Besitze eines Mandates sind. Dies muß auch bei taktischen Fragen geschehen.

Ferner wurde ein Antrag, der eine andere Schreibweise der Bergarbeiterzeitung wünscht, angenommen. Desgleichen wurde beantragt, daß die Richtlinien über Teilnehmer an politischen Veranstaltungen, die auf der Gießener Generalversammlung angenommen wurden, angenommen werden. Nachdem noch zwei Wahllokale (Germania und Ernestinenhof) bestimmt worden waren, wurdedie Versammlung geschlossen.

Organisierte Bergarbeiter, wählt am 6. April nur solche Kameraden, die hinter diesen Anträgen stehen.

Heute Internationaler Roter Hilfstag!

Der Tag der Pariser Kommune, der Tag, an dem das Weltproletariat seiner treuen Toten gedenkt, soll dazu benutzt werden für die noch lebenden, hinter Kerkermauern schmachtenden Opfer des Klassenkampfes zu sammeln und zu werben. In allen bourgeoisen Ländern der Welt gibt es heute Hunderttausende politischer Gefangener und unterstützungsheischender Angehöriger. Sie leiden nicht nur unter einer schmachvollen Behandlung, sondern auch unter großer Hungersnot. Die „Rote Hilfe" hat wohl all seg getan, was in ihren Kräften steht, aber die Not ist größer, als die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel. Außerdem beteiligt sich das Proletariat noch nicht in dem nötigen Ausmaße an dem Hilfswerk, für die politischen Gefangenen.

Deshalb muß der 18. März zur erhöhten Propaganda für die „Rote Hilfe" benutzt werden. In allen Ländern der Welt müssen Sektionen der „Roten Hilfe" gebildet und muß für den Anschluß an die schon bestehenden Organisationen geworben werden.

Entfaltet am 18. März höchste Aktivität. Klärt überall über die Lage der politischen Gefangenen auf. Sammelt Geld, damit die „Rote Hilfe" den Angehörigen der Gefangenen eine laufende und ausreichende Unterstützung zukommen lassen kann. Macht es Euch zur Gewohnheit, am Lohntag einen bestimmten Beitrag für den Bruder im Gefängnis beiseite zu legen. Richtet zu diesem Zweck in Fabriken und Betrieben, in Gewerkschaftsbüros und in den Läden der Arbeitergenossenschaften Rote Hilfe-Sammelkästen ein. Kein Gewerkschaftsfest, keine Veranstaltung von Arbeitersport- oder Gesangsvereinen darf vorübergehen, ohne daß nicht an diesem Tage für die Gefangenen, für die Rote Hilfe gesammelt worden wäre. Benutzt den 18. März, um in allen Landes- und Gemeindeparlamenten, in den Gewerkschafts- und Genossenschaftsversammlungen Anträge auf kollektiven Beitritt mit festem Beitrag zur Organisation der Roten Hilfe zu stellen. Fordert ebenda besondere Zuschüsse der Lebensmittel, Feuerungsmaterial und Kleidungsstücke für unsere Gefangenen und ihre Familien.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Benutzt den 18. März, um wenigstens einen kleinen Teil des Dankes, den wir unseren Gefangenen und ihren Familien schuldig sind, abzutragen.

Werbt für die „Rote Hilfe!"
Helft euern Brüdern!

Am 14. d. Mts. fand im Winklerschen Saal in Hussinek eine von der VSPD. einberufene öffentliche Volksversammlung statt. Die Versammlung war gut besucht. Eingeleitet wurde dieselbe von dem Arbeitergesangverein Hussinek. Der Referent Winter wich in seinem Referat recht geschickt einer Erklärung über die Tätigkeit der VSPD.-Fraktion des Reichstages aus, um den Arbeitern keine Angriffsflächen zu bieten. Er kritisierte nur einige Verordnungen des Ermächtigungsgesetzes, ohne auf dieses selbst einzugehen. In der Diskussion meldete sich Genosse Schmierschen, welcher die Tätigkeit der VSPD. im Reichstag einer näheren Betrachtung unterzog und zum Schluß aufforderte, bei den zukünftigen Wahlen die wahre Arbeiterpartei, die KPD., zu wählen. Mit einem Liede, von oben genanntem Verein vorgetragen, endete die für uns recht erfolgreiche Versammlung.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser, Breslau, Inserate: Max Zschocher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien eGmbH., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Versammlungs-Kalender.

Breslau. Mittwoch, 19. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in den „Gambrinussälen" (Metze) Lange Gasse. Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

— Bezirk 7 und 8. Freitag, den 21. März, abends 7 Uhr, [illegible] im [illegible], [illegible] 26. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin zu erscheinen.

Walter Krebs
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Großhandlung
Breslau 5, Gräbschener Straße 85
Tel. 50393
64

Hast Du schon
das Kommunistische Einmaleins
gekauft?

Liebich-Theater
März 1924
Täglich 7½ Uhr
Emanuel Steiner
Der berühmte Rechenkünstler
Schwestern Wiesenthal
Fred Janz
Der rheinische Komiker
und 10 Attraktionen

Futterreste
Ärmelfutter, Köper
Watteleinen
kauft und bezahlt höchste Preise nur bei 64
Herbert Scholz
Breslau, Weißgerberg. 4

Ueberbiete jeden Preis für
Mauser- 7,63 Pistolen
Prismen-Gläser
Photo-Apparate
G. Nolda
Münzerstraße 20
2 Minuten vom Ring

Wer tauscht neue
Singer-Nähmaschinen
gegen
Herren-Fahrrad
[illegible]

Wohnungstausch
Öls — Breslau
2 Zimmer und Küche. Näheres durch
A. Müller, Breslau 23,
Herdainstr. 92, III.

Wohnungstausch
Tausche sonniges 2fenstriges Zimmer mit Kochgelegenheit und Gas gegen etwas größeres
Deliga
Gartenstr. 89

Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in den „Gambrinussälen" (Metze) Lange Gasse.

Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Zeitungs-Austräger

für Scheitnig und Odertor gesucht.

Expedition „Schles. Arbeiter-Zeitung"